



**University of  
Zurich**<sup>UZH</sup>

**Zurich Open Repository and  
Archive**

University of Zurich  
University Library  
Strickhofstrasse 39  
CH-8057 Zurich  
[www.zora.uzh.ch](http://www.zora.uzh.ch)

---

Year: 2013

---

**Wenig Spielraum für Rumäniens Regionen: Debatte über eine territoriale  
Neuordnung – zaghafter Ruf nach einer stärkeren Dezentralisierung  
politischer Entscheide**

Ursprung, Daniel

**Abstract:** In Rumänien wird derzeit über eine Verfassungsänderung debattiert. Bei der Abgrenzung der Regionen stehen primär wirtschaftliche Kriterien im Vordergrund. Dabei verfügt Rumänien über ausgeprägte historisch gewachsene regionale Identitäten.

Other titles: Ruf nach einer stärkeren Dezentralisierung

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich

ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-132576>

Newspaper Article

Published Version

Originally published at:

Ursprung, Daniel. Wenig Spielraum für Rumäniens Regionen: Debatte über eine territoriale Neuordnung – zaghafter Ruf nach einer stärkeren Dezentralisierung politischer Entscheide. In: NZZ, 9 August 2013, 7.

# Wenig Spielraum für Rumäniens Regionen

*Debatte über eine territoriale Neuordnung – zaghafter Ruf nach einer stärkeren Dezentralisierung politischer Entscheide*

In Rumänien wird derzeit über eine Verfassungsänderung debattiert. Bei der Abgrenzung der Regionen stehen primär wirtschaftliche Kriterien im Vordergrund. Dabei verfügt Rumänien über ausgeprägte historisch gewachsene regionale Identitäten.

*Daniel Ursprung*

Ende Mai hat an der Universität der nordostrumänischen Stadt Iasi eine grosse Konferenz stattgefunden, die den historischen Voraussetzungen von regionalen Identitäten in Rumänien und deren Rolle für die administrative Struktur des Landes nachging. Im Kontext der laufenden Debatte über die zukünftige territoriale Gliederung Rumäniens wollten die Initiatoren der Konferenz neue Aspekte in die Diskussion einbringen. Während in Politik und Medien fast nur über technische und wirtschaftliche Kriterien geredet wird, legte die Konferenz den Schwerpunkt auf historisch gewachsene Regionen.

## Zwei konträre Lager

Es ist kein Zufall, dass dieser Denkanstoss in der Person der beiden Historiker Dorin Dobrinu und Flavius Solomon von zwei Intellektuellen kommt, die in Iasi verankert sind, der einstigen Hauptstadt des Fürstentums Moldau und dem geistigen Zentrum eines moldauischen Regionalbewusstseins. Im ganz auf die Metropole Bukarest konzentrierten zentralistischen Politbetrieb Rumäniens fanden regionalistische Strömungen wenig Widerhall. Zwar ist die Debatte um eine stärkere regionale Verankerung politischer Entscheide seit dem Sturz der kommunistischen Diktatur 1989 sporadisch aufgeflammt. In der öffentlichen Debatte standen sich aber meist zwei konträre Lager gegenüber: Vertreter der ungarischen Minderheit aus Siebenbürgen forderten territoriale Autonomie, während die rumänische Mehrheitsmeinung dies als Vorstufe der Sezession deutete und daher am zentralistischen Staatsaufbau festhielt.

Regionalistische Tendenzen auf rumänischer Seite sowie ein allgemeines, aber diffuses Unbehagen mit dem Bukarester Zentralismus haben sich da-

gegen nur wenig Gehör verschafft. Gerade hier könnte aber ein Ansatzpunkt liegen, ohne die Fixierung auf eine ethnisch definierte territoriale Autonomie über die Verlagerung von Kompetenzen auf untergeordnete Verwaltungsebenen zu diskutieren.

## Ein junger Staat

Denn mehr als die meisten Staaten Südosteuropas setzt sich Rumänien aus kulturhistorisch unterschiedlich geprägten Regionen zusammen. Dies tritt trotz dem jahrzehntelangen Zentralismus an dem je nach Landesteil unterschiedlich stark ausgeprägten Regionalbewusstsein zutage: markante regionale Identitäten existieren neben der Moldau auch in den zentralen und westlichen Landesteilen, den ehemals zu Ungarn gehörenden Regionen Siebenbürgen und Banat. Rumänien in seinen heutigen Grenzen ist ein relativ junger Staat, der aus dem Zusammenschluss von Gebieten mit je eigener Vergangenheit entstand.

Das Territorium des heutigen Rumäniens war in der Vergangenheit eine Schnittstelle, wo sich verschiedene kulturhistorische Räume wie auch die Einflussbereiche der grossen Vielvölkerreiche Osteuropas überschneiden: Polen-Litauen, Österreich-Ungarn, das Osmanische und das Russische Reich. Unter wechselnder und unterschiedlich starker Abhängigkeit von diesen Reichen existierten mit den Fürstentümern Walachei, Moldau und Siebenbürgen autonome politische Gebilde.

Erst im 19. Jahrhundert begann sich eine rumänische Nationalbewegung zu formieren, die 1861/62 den Zusammenschluss der Moldau und der Walachei vollzog und damit den rumänischen Staat aus der Taufe hob – praktisch zeitgleich mit dem italienischen Risorgimento. Zu diesem Zeitpunkt waren die wichtigsten Vorbilder der rumänischen Eliten zentralistisch organisiert.

Insbesondere Frankreich, der Inbegriff des Zentralismus, galt den rumänischen Eliten auch der romanischen Sprachverwandtschaft wegen als Vorbild. Nicht zuletzt der Grossmachtspolitik Napoleons III. hatten es die beiden bis zum Krimkrieg unter dem Protektorat des Zarenreiches stehenden Fürstentümer zu verdanken, dass sie sich aus der russischen Umklammerung zu lösen vermochten. Die zentralistische Verfas-

sung des jungen rumänischen Staates war also einerseits den verbreiteten politischen Modellen zum Zeitpunkt seiner Entstehung zuzuschreiben. Andererseits kam sie der monarchischen Staatsform der beiden Länder entgegen, wo insbesondere im 18. Jahrhundert die von der Hohen Pforte eingesetzten Fürsten durch eine Reihe von Reformen einen modernen Staatsapparat aufzubauen begonnen hatten. Die Entscheidung für einen zentralistischen Verwaltungsaufbau schien bei der Staatsgründung also naheliegend und wurde seither nie ernsthaft infrage gestellt, ja in der rund 45-jährigen sozialistischen Diktatur, von der Frühphase abgesehen, noch verstärkt.

## Gefühl der Vernachlässigung

Als Rumänien entstand, war das bisher eigenständige Fürstentum Moldau auf einmal zur Provinz in einem zentralistischen Einheitsstaat geworden. Das Schwergewicht verlagerte sich zuerst in politisch-administrativer, immer mehr jedoch auch in wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht von der moldauischen Hauptstadt Iasi ins rund 400 Kilometer entfernte Bukarest. Die moldauischen Eliten verdauten den Statusverlust ihres Landes nur schwer. Ohne den neuen Einheitsstaat grundsätzlich infrage zu stellen, pflegten die moldauischen intellektuellen Eliten ein ausgesprochenes Regionalbewusstsein.

Das Regionalbewusstsein speiste sich dabei stets und bis heute aus dem Gefühl heraus, bei der Entwicklungspolitik von der Zentrale vernachlässigt zu werden. In der Tat entwickelte sich die im Süden gelegene Walachei mit ihrem Zentrum Bukarest wirtschaftlich nicht zuletzt dank dem Boom von Agrarexporten über die Donau, der Erdölförderung und der Frühindustrialisierung im 19. und frühen 20. Jahrhundert dynamischer als die Moldau. Diese gilt heute, nicht ganz zutreffend, als Armenhaus Rumäniens. Doch ausserhalb der prosperierenden Hauptstadt Bukarest und einiger stark industrialisierter Städte wie Pitesti und Ploiesti sind weite Teile im Süden wirtschaftlich nicht besser gestellt als die Moldau.

Dieses starke Entwicklungsgefälle in der Walachei ist auch eine Folge zentralistischer Wirtschaftspolitik und der auf die Hauptstadt beschränkten Anzie-

hungskraft. Bukarest, schon im frühen 19. Jahrhundert zu einer der grössten Städte Südosteuropas herangewachsen, profitierte überdurchschnittlich von Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur. Heute führen Autobahnen, teilweise noch im Bau, in drei Himmelsrichtungen von der Hauptstadt weg, während die Moldau – flächenmässig etwa so gross wie die Schweiz – noch über keinen einzigen Kilometer Autobahn verfügt. Die Exportmöglichkeiten der Region auf die westeuropäischen Absatzmärkte sind dadurch eingeschränkt.

Ausgeprägt und ebenso charakteristisch für Staaten wie Polen, die Slowakei oder Ungarn ist das wirtschaftliche Entwicklungsgefälle zwischen einem wohlhabenderen Westen und einem ärmeren Osten. In Siebenbürgen und dem Banat, die beide bis zum Ersten Weltkrieg zur Habsburgermonarchie gehörten, ist auch unter Rumänen der Stolz auf die regionale Herkunft nicht selten mit einem Dünkel gegenüber Landsleuten aus dem Süden und Osten verbunden. Die kommunistische Politik der Industrialisierung und Urbanisierung bewirkte eine Binnenmigration aus der Moldau und Teilen der Walachei in die Industriezentren Siebenbürgens und des Banats. In der siebenbürgischen Stadt Kronstadt (Brasov) etwa hat der Begriff «Moldauer» eine negative Konnotation. Gebildete Schichten bedienen sich gerne des Klischees vom zugewanderten Industrieproletariat aus der Moldau, um sich als alteingesessene Siebenbürger sozial abzugrenzen.

Das Banat, die multiethnisch geprägte Region im Dreiländereck zwischen Rumänien, Serbien und Ungarn, übte ebenfalls eine starke Anziehungskraft aus. Die Rumänien von Osten nach Westen querende Zugverbindung von Iasi nach Temesvar wurde als «Hungerzug» verspottet. Temesvar war durch Schmuggel aus den Nachbarländern und persönliche Kontakte der Banater ins Ausland in der kommunistischen Mangelwirtschaft besser als der Rest des Landes mit Konsumgütern versorgt und wurde so zum Umschlagplatz für anderswo nicht erhältliche Güter. Stereotypen wie jene der randvollen Züge, mit denen Moldauer in Temesvar einfallen, wirken bis heute nach und dienen der Abgrenzung einer die Ethnie übergreifenden Banater Regionalbewusstseins, das die lokale rumänische Mehrheit und nationale Minderheiten eint.

### Eine interessante Alternative

Rumänien verfügt über ein reichhaltiges Erbe historischer Regionen mit gewachsenen Eigenheiten und interregionalen Rivalitäten. Die politischen Eliten tun sich derzeit noch schwer damit, diese Gegebenheiten nicht als Gefahr für den Zusammenhalt des Staates zu sehen, sondern darin auch eine mög-

liche Ressource zu erkennen, mit der das Vertrauen der Bürger in den Staat gestärkt werden könnte. Das unter ganz unterschiedlichen Voraussetzungen in verschiedenen Regionen verbreitete Gefühl, vernachlässigt oder ausgenutzt zu werden, hängt nicht zuletzt mit dem rigiden Zentralismus zusammen. Er lässt den Menschen vor Ort wenig Spielraum, selber an der Lösung politischer Probleme mitzuwirken.

Nicht ganz zu Unrecht fürchtet die rumänische Seite sich vor Verwaltungsautonomie nach ethnischen Kriterien, womit ethnischer Kollektivismus gefördert würde. Gerade daher aber stellen historische Regionen eine interessante Alternative dar, administrative Strukturen an gewachsenen Identitäten auszurichten und so auch das Gefühl der Zugehörigkeit und Verantwortlichkeit für das Gemeinwesen zu stärken.

.....  
**Daniel Ursprung** ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Abteilung für osteuropäische Geschichte der Universität Zürich.

---

## Furcht vor einem neuen Kompetenzenwirrwarr

*Daniel Ursprung* · In Rumänien plant die seit Ende 2012 regierende Koalition im Rahmen einer Verfassungsrevision, das Land in rund acht Regionen aufzuteilen. Geplant ist auch eine neue Verwaltungsebene zwischen dem Gesamtstaat und den 41 Kreisen sowie der Stadt Bukarest. Die solide Mehrheit der Koalition ermöglicht ihr eine Verfassungsrevision im Alleingang. Beobachter spekulieren, die Regionalisierung diene der Regierung nicht zuletzt dazu, die eigene Klientel mit lukrativen Posten in den neugeschaffenen Strukturen zu versorgen. Anstatt die Bürokratie zu verringern, wird ein zusätzlicher Kompetenzenwirrwarr zwischen Institutionen mit überlappenden Zuständigkeiten befürchtet. Die Regierung dagegen argumentiert, mit einer Aufteilung des Landes in Regionen könnten europäische Fördergelder besser und näher an den lokalen Bedürfnissen eingesetzt werden. In diesem Zusammenhang wird oft auf Polen verwiesen, das 1999 vergleichbare regionale Verwaltungseinheiten geschaffen hat. In der rumänischen Debatte wird auch meist nicht unterschieden zwischen Regionalisierung im Sinne der Einführung einer neuen Verwaltungsebene und Dezentralisierung als Abtretung von Kompetenzen an regionale und lokale Entscheidungsträger. Die Reform könnte letztlich gar dazu führen, dass die Regionen Kompetenzen der bisherigen Kreise und Lokalverwaltungen bündeln und die Regionalisierung so den Zentralismus noch verstärkt.